

Spendenübergabe am Hafen und im Camp

Zu den zahlreichen Spenden, die der Verein der LINKE-Landtagsabgeordneten Alternative 54 e.V. in den letzten Wochen übergeben hat, gehörte beispielsweise die für die Erfurter Initiative „Markt der Möglichkeiten“. Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow fand, „das war 'ne Super Kiste“, das ehrenamtlich organisierte Angebot für die jungen Flüchtlinge am 22. Mai auf dem Gelände des Zughafens am Erfurter Güterbahnhof (Foto I.).



Beim Pfingstcamp in Königsee-Rottenbach hatte die LINKE-Landtagsabgeordnete Kati Engel der Jugendbibliothek Gera e. V. eine Spende der Alternative 54 übergeben. Über den ehrenamtlich betriebenen Jugendclub werden zahlreiche Freizeitaktivitäten angeboten, wie Fußball, Schach oder Filmabende. Zudem können in

der Jugendbibliothek, wie der Name bereits sagt, Bücher ausgeliehen werden, im Bestand sind über 10.000, die selbstverständlich kostenlos zur Verfügung stehen. Bereits seit mehreren Jahren unterstützt die Jugendbibliothek sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung des Pfingstcamps im Waldseebad Königsee. Es versteht sich als direkter Nachfolger des linken Pfingstcamps in Brückla, auf dem damaligen Hof der ehemaligen Landtagsabgeordneten Heidrun Sedlacik.

Schwerpunkt des diesjährigen Pfingstcamps war der Themenkomplex Antimilitarismus und Frieden sowie Flucht und Vertreibung. Daneben fanden auch zahlreiche Workshops, Vorträge und Podiumsdiskussionen zu weiteren politischen Themen statt sowie Konzerte und Filmvorführungen. Das nächste

Pfingstcamp in Königsee-Rottenbach findet 2018 statt.

Der Verein der LINKE-Landtagsabgeordneten Alternative 54 Erfurt e.V. gibt seit seiner Gründung 1995 Gelder aus den Diäten-Erhöhlungen, die von den Parlamentariern in eine Fonds eingezahlt werden, als Spenden an soziale, kulturelle und andere Vereine und ehrenamtliche Initiativen, darunter auch immer wieder Jugendprojekte, weiter. Seit der Gründung der Alternative verteilen die Abgeordneten der PDS und später



der Partei DIE LINKE auf diese Art und Weise bereits mehr als 1.083.000 Euro, Stand April 2016. Von Januar bis April diesen Jahres waren es exakt 15.650 Euro.

Foto (r.): Kati Engel und Florian Bendsdorf auf dem Pfingstcamp in Königsee

Zahlen zur Thüringer Kita-Finanzierung

Rund 88.000 Kinder besuchen Kindertagesstätten in Thüringen. Die Kosten von rund 656 Millionen Euro - ein Platz kostet durchschnittlich 7.450 Euro - teilen sich Eltern, Kommunen und das Land.

1. Das Land zahlt 211,5 Millionen Euro besondere Finanzaufweisungen zweckgebunden pro besetztem Platz für die Ein- bis Dreijährigen (Erhöhung von 270 auf 290 Euro pro Monat). Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren erfolgt die Auszahlung pro gemeldetem Kind an die Wohnsitzgemeinde (erhöht von 130 auf 140 Euro pro Monat).

2. Weitere 107 Millionen Euro werden steuerkraftabhängig über die Schlüsselzuweisungen (allgemeine Finanzaufweisungen) gezahlt. Dabei kommt zusätzlich zur Wirkung, dass Kinder unter sechs Jahren als 6,7 Einwohner (bisher 4,5 Einwohner) bei der Bedarfsermittlung angerechnet werden. Dies entspricht einem rechnerischen Betrag von rund 3.060 Euro im Jahr.

3. Hinzu kommen noch rund 17 Mio. Euro Investitionspauschale für den Kita-Bereich (1.000 Euro pro Neugeborenes). Diese Pauschale

kann für Investitionen in kinderorientierte Infrastruktur (Kita-Einrichtungen, Spielplätze etc.) eingesetzt werden. Die Gelder können bei Erfordernis auch zur Deckung laufender Betriebskosten in Kita-Einrichtungen verwendet werden. Insgesamt zahlt also das Land rund 318 Mio. Euro.

4. Die Elternbeiträge summieren sich auf fast 92 Mio. Euro. Das sind rund 1.045 Euro pro Platz und Kind im Jahr. Die Eltern tragen somit rund 14 Prozent der Gesamtkosten. Jedoch muss dabei berücksichtigt werden, dass rund 17 Mio. Euro an Elternbeiträgen von den Jugendämtern getragen werden müssen.

5. Die Kommunen finanzieren die Kindertagesstätten mit rund 245 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der 17 Mio. Euro Übernahme der Elternbeiträge durch die Jugendämter beträgt die kommunale Kostenbeteiligung 262 Mio. Euro.

Dieser Anteil ist Bestandteil des sogenannten Thüringer Partnerschaftsmodells als Grundlage des kommunalen Finanzausgleichs. Bei diesem Modell werden die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen sowie der Aufgabenkatalog des Landes und der Kommunen ins Verhältnis ge-

setzt (erstmalig im Finanzausgleichsjahr 2013) und partnerschaftlich fortgeschrieben (Berücksichtigung der jeweiligen Veränderungen).

6. Bei Gastkindern kann die Kita-Gemeinde der Wohnsitzgemeinde die tatsächlichen Kosten zu 80 Prozent berechnen (bis 2015 lag dieser Verrechnungssatz bei 70 Prozent). Die verbleibenden 20 Prozent werden weitgehend durch die Elternbeiträge „abgedeckt“.

MdL Torsten Wolf
MdL Frank Kuschel

Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

Ermittlungen gegen Petry

Nun hat die Staatsanwaltschaft Dresden doch beim Präsidenten des Sächsischen Landtags die Aufnahme von Ermittlungen gegen Frauke Petry, Bundesvorsitzende der AfD und Landtagsabgeordnete in Sachsen, beantragt. Vorwurf: Verdacht auf Meineid und uneidliche Falschaussage – Petry habe in einer Sitzung des Wahlprüfungsausschusses des Landtags bei einer Zeugenaussage unter Eid falsch ausgesagt. Es liegen zwei Anzeigen vor.

Dubios: die Staatsanwaltschaft hatte sich zunächst gegen Ermittlungen entschieden. Es ist die Staatsanwaltschaft, der das Bündnis „Dresden nazifrei“ politische Willkür vorgeworfen hat und die wegen der massenhaften Erhebung von Handydaten während Demonstrationen („Funkzellenabfrage“) in der Kritik steht.

Ihre ursprüngliche Begründung, nicht gegen Petry zu ermitteln, klingt abenteuerlich: der Wahlprüfungsausschuss des Sächsischen Landtags sei „keine zur Abnahme von Eiden zuständige Stelle“. Doch in Paragraph 8, Absatz 2 des Sächsischen Wahlprüfungsgesetzes heißt es: „Geladene Zeugen und Sachverständige sind erforderlichenfalls zu hören und, falls der Wahlprüfungsausschuss dies für geboten hält, zu vereidigen.“ Die Generalstaatsanwaltschaft griff ein, die Staatsanwaltschaft Dresden musste quasi nachsitzen und erneut „prüfen“.

Der sächsische Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) macht von seinem Widerspruchsrecht keinen Gebrauch. Damit kann die Staatsanwaltschaft 48 Stunden nach Bestätigung des Eingangs ihres Schreibens beim Landtagspräsidenten ein Ermittlungsverfahren einleiten. Ein förmlicher Beschluss zur Aufhebung der Immunität ist erst nötig, wenn Anklage gegen Petry erhoben wird. In Thüringen war die Immunität mehrerer Abgeordneter der AfD, selbsternannte Partei der Saubermänner und -frauen, aufgehoben worden.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.